

Landeselternbeirat d. GemS SH; Rethfelder Ring 17; 25337 Elmshorn

Vorsitzenden des Sozialausschusses
Herrn Werner Kalinka
Landeshaus SH
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/2206

10.03.2019

Stellungnahme des Landeselternbeirates der Gemeinschaftsschulen SH zum Antrag Drucksache 19/885(neu) „Rahmenbedingungen für Freiwilligendienste verbessern“.

Sehr geehrter Herr Kalinka.
Sehr geehrte Mitglieder des Sozialausschusses.

Trotz der Tatsache, dass der Landeselternbeirat (LEB) nicht um eine schriftliche Stellungnahme gebeten wurde, möchten wir uns hierzu äußern. Zunächst sei erwähnt, dass auch wir den Antrag des SSW und der SPD unterstützen und es für dringend geboten halten, eine spürbare Verbesserung herbei zu führen. Ohne Menschen, die sich freiwillig in unserer Gesellschaft engagieren, wäre es in vielen Bereichen unmöglich diese zu realisieren. Wir möchten hier nicht einzelne hervorheben, sondern halten sie für gleichbedeutend und wichtig.

Grund für diese Stellungnahme ist jedoch, dass mit der expliziten Forderung die Freiwilligendienste besser zu fördern, leider die ehrenamtlich tätigen, wozu auch die Elternvertreter (EV) des Landes gehören, ausgeschlossen werden. Die EV der jeweiligen Schulformen, beginnend bei den Klassen-EV, bis hin zu den Schul-, Kreis- und Landeselternbeiräten, sind durch das Schulgesetz legitimierte Gremien und ein fester Bestandteil im Bildungssystem. Zudem sind wir mit landesweit und über alle Schulformen verteilt ungefähr 40.000 EV auch eine beträchtliche Zahl, denen eine entsprechende Beachtung und der Respekt an unserer Arbeit gegenüber gebracht werden sollte.

Unser Ziel für eine Förderung ist nicht die Zahlung einer geldlichen Vergütung, zumal dies unserer Auffassung nach auch einer ehrenamtlichen Tätigkeit widersprechen würde. Ziel ist es, die EV in der Öffentlichkeit zu dem Stand zu verhelfen, den sie aufgrund ihrer wichtigen Arbeit innehaben sollten. Wir tragen durch unsere Arbeit auf Schul-, Kreis- und Landesebene erheblich zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bildungssystem bei, was entsprechend anerkannt werden sollte.

Aus diesem Grund unterstützen wir die gemachten Vorschläge, wie die Verbesserung von Vergünstigungen in Rahmen der Ehrenamtskarte, Verbesserung des öffentlichen Ansehens und verbesserte Anerkennung von Universitäten. Aber auch bei Arbeitgebern und insbesondere Behörden wie der Arbeitsagentur oder dem Jobcenter ist für die Anerkennung dieser wichtigen Aufgaben zu sorgen.

Hierbei gilt es zu beachten, dass die derzeitigen Möglichkeiten keinesfalls ausreichend sind und erweitert werden sollten.

Bestehende Einrichtungen wie die Ehrenamtskarte sind sicherlich die sinnvollste Möglichkeit zur Umsetzung, jedoch ist es dafür notwendig, diese und deren Umfang deutlich auszubauen und zudem durch eine Förderung durch das Land SH zu erweitern.

Das bisherige Angebot ist leider sehr regional, als auch im Umfang äußerst begrenzt und somit nicht attraktiv oder ausreichend wertschätzend.

Notwendig wäre die Förderung von alltäglich nutzbarem, wie beispielsweise dem ÖPNV, der Bahn, Schwimmbädern, Kinos oder Museen. Hierbei ist darauf zu achten, dass keine regionale Einschränkung besteht, um eine Ausgrenzung einzelner zu vermeiden. Bisher ist das Angebot leider sehr überschaubar, recht alltagsfremd und auf wenige Städte bzw. Bereiche beschränkt.

Wir möchten aus den beschriebenen Gründen den Sozialausschuss dazu auffordern, die Gespräche zur Förderung der Freiwilligendienste um die Förderung der ehrenamtlich tätigen zu erweitern.

Natürlich stehen wir für weitere Gespräche zur Verfügung.

Herzliche Grüße



Thorsten Muschinski

- Vorsitzender im Landeselternbeirat der Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein
- Vorsitzender im Kreiselternbeirat der Gemeinschaftsschulen im Kreis Pinneberg
- Delegierter für den Bundeselternrat